



**Ressort 4**  
**Medien – Kunst – Industrie**  
**Fachgruppe Musik**

**Vereinte**  
**Dienstleistungs-**  
**gewerkschaft**

ver.di • Fachgruppe Musik • Postfach • 10112 Berlin

**Bundesverwaltung**

«Institution»

«Anrede1» «Vorname» «Name»

«Strasse»

«PLZ» «Ort»

Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

**Dirk von Kugelgen**  
Fachgruppenleiter

Telefon: +49.30.6956-0

Durchwahl: +49.30.6956-2333

Telefax: +49.30.6956-3656

PC-Fax: +49.1805.8373431-2333

Mobil: +49.170.1668223

musik@verdi.de | dirk.vonkuegelgen@verdi.de

<http://musik.verdi.de>

An

die Vorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien  
die Bundesministerin für Bildung und Forschung  
die für Bildung zuständigen Minister der Landesregierungen  
die Präsidentin des Deutschen Städtetags  
den Präsidenten des Deutschen Städte und Gemeindebundes

Datum

23. Juni 2009

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

vKü

Öffentliche Musikschulen:

Für Kultur und Gesellschaft unverzichtbar!

«Anrede2»,

wir wenden uns heute an Sie mit der Bitte um Unterstützung für Lehrkräfte an Musikschulen. Eine von der Fachgruppe Musik der ver.di bundesweit durchgeführte Studie zur sozialen und Einkommenssituation von Musikschullehrkräften hat in weiten Teilen besorgniserregende Ergebnisse gezeigt und lässt allgemeine Schlüsse auf den Gesamtzustand der deutschen Musikschulen zu:

- Eine überwiegende Zahl von Musikschullehrerinnen und -lehrern wird zum Teil oder ganz als Honorarkraft statt in Festanstellungen beschäftigt, ohne ausreichende soziale Absicherung, die Tendenz steigt.
- Das Einkommen der vielen freien Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter ist dabei mit bundesweit durchschnittlich 13.330 Euro brutto im Jahr erschreckend niedrig. In den neuen Bundesländern ist das durchschnittliche Jahreshonorar mit 12.065 Euro noch niedriger.  
Die hoch qualifizierten Lehrkräfte der deutschen Musikschulen gehören somit zum Prekariat unserer »Bildungsgesellschaft«.
- Die Möglichkeit, durch mehr Unterricht das Einkommen zu erhöhen, wird häufig nicht geboten, weil die Musikschulen vielen Lehrerinnen und Lehrern nur eine begrenzte Stundenzahl anbieten, obwohl der Wunsch vieler Lehrkräfte besteht, mehr zu unterrichten.
- Ein gravierendes Problem für die meisten Musikschullehrkräfte stellt auch der zunehmend in den Nachmittag erweiterte Unterricht allgemeinbildender Schulen dar, durch den die Zeiten, in denen der Musikschulunterricht stattfinden kann, stark eingeschränkt werden.

SEB Bank Berlin  
Konto 1 619 848 500  
BLZ 100 101 11



Ressort 4  
Medien – Kunst – Industrie  
Fachgruppe Musik

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Bundesverwaltung

- Die Kooperation mit Ganztagschulen ist bereits fester Bestandteil des Musikschulbetriebes, wobei im Alltag an vielen Stellen sowohl im Organisationsbereich als auch hinsichtlich der Qualifikationsmaßnahmen für die Lehrkräfte Mängel benannt werden. Auch die Bezahlung wird von der Mehrzahl der Befragten als unzureichend angegeben.

Eine Zusammenfassung der Studie kann auf unseren Internetseiten eingesehen und von dort geladen werden.<sup>1</sup>

Wir müssen feststellen:

Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Musikschullehrkräfte haben sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Zwar werden an den Musikschulen zunehmend Qualitätssicherungssysteme eingesetzt – die notwendigen finanziellen Mittel zur Personal- und Sachausstattung werden jedoch in der Regel nicht im ausreichenden Umfang zur Verfügung gestellt. Das gilt für die traditionellen Aufgaben der Musikschulen ebenso wie für neu hinzugekommene wie die Kooperation mit Ganztagschulen und die Erwachsenenbildung.

Die Musikschulen dürfen unter keinen Umständen dem freien Spiel der Marktkräfte ausgesetzt werden, wie es immer wieder von verschiedenen Seiten gefordert wird. Dazu werden sie unter qualitativ bildungspolitischen Aspekten, verbunden mit dem Prinzip der Chancengleichheit, niemals in der Lage sein. Die Aufforderung an die Politik, endlich wirksam gegenzusteuern, ist nicht neu, jedoch noch einmal um einiges dringlicher.

Wir erlauben uns, Ihnen dazu ein Positionspapier der ver.di-Fachgruppe Musik *Öffentliche Musikschulen: Für Kultur und Gesellschaft unverzichtbar!* als Beitrag zur aktuellen Diskussion um kulturelle Bildung zu übergeben (Anlage).

Wir bitten Sie – auch im Zusammenhang mit den im September 2009 bevorstehenden Bundestagswahlen bzw. den anstehenden Landtagswahlen, aber vor allem wegen der Verantwortung der Länder, der Kommunen und auch des Bundes für kulturelle Bildung – uns Ihre Positionen und mögliche Initiativen zu übermitteln.

Gern würden wir wissen, wie Sie zu den nachfolgenden Forderungen der Fachgruppe Musik der ver.di stehen:

#### 1. Öffentliche Trägerschaft der Musikschulen sichern!

Dazu gehört gleichermaßen

- *Erleichterung des Zugangs zu Musikschulen*  
Der Besuch einer Musikschule muss prinzipiell allen Menschen ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, ihres Alters und ihrer finanziellen Möglichkeiten offen stehen.
- *Die Schülerinnen/Schüler müssen täglich die Möglichkeit zu Üben haben, die Teilnahme am Musikschulunterricht am Nachmittag muss gewährleistet sein*  
Gegebenenfalls müssen die Schülerinnen/Schüler zeitweilig zum Üben ihres Instruments vom Nachmittagsunterricht befreit werden. Zuhause müssen sie oft noch Schulaufgaben erledigen und sind dann für konzentriertes Üben zu müde.

<sup>1</sup> [http://musik.verdi.de/musikschulen/informationen/umfrage\\_musikschullehrkraefte/data/Umfrage\\_MS\\_extern](http://musik.verdi.de/musikschulen/informationen/umfrage_musikschullehrkraefte/data/Umfrage_MS_extern)



Ressort 4  
Medien – Kunst – Industrie  
Fachgruppe Musik

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Bundesverwaltung

## 2. Investitionen in Ausbau, Ausstattung und Neueinrichtung!

Dazu gehören nicht nur Investitionen in Räume und Gebäude, sondern vor allem

- *Schaffung von mehr Vollzeitstellen*  
Die Arbeit an der Musikschule ist langfristig angelegt. Um das zu gewährleisten, müssen die Lehrkräfte an die Institution gebunden werden.
- *Notwendig ist eine ausreichende Stellenausstattung jeder Musikschule* mit Leitung und stellvertretender Leitung, mit Fachbereichsleitungen sowie die Festanstellung der pädagogischen Lehrkräfte.

## 3. Existenz sichernde Bezahlung sichern!

- *Tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse* für alle Kolleginnen und Kollegen an Musikschulen und in den zusammen mit Musikschulen betriebenen Projekten.
- *Für die Beschäftigung von Honorarlehrkräften* deren Anteil 20 Prozent der Lehrkräfte einer Musikschule bzw. der Jahreswochenstunden nicht übersteigen sollte, fordern wir:
  - eine angemessene Vergütung, ausgerichtet an den Sätzen des TVöD,
  - unbefristete Honorarverträge,
  - die Angleichung der Honorare an die Tarifsteigerungen des TVöD,
  - eine Honorarfortzahlung in den Ferien und im Krankheitsfall sowie bei Unterrichtsausfall, der durch Schüler zu vertreten ist,
  - Mutterschutz,
  - Fahrtkostenerstattung für Fahrten zwischen den verschiedenen Unterrichtsstätten

## 4. Gesetzliche Verankerung des Bestandes und des Ausbaus öffentlicher Musikschulen!

Die Förderung öffentlicher Musikschulen muss in allen Ländern kommunale Pflicht werden und gesetzlich verankert werden.

Wir würden uns freuen, von Ihnen bald eine Antwort zu erhalten, damit wir diese rechtzeitig vor der Bundestagswahl dokumentieren können.

Mit freundlichen Grüßen

  
Stefan Gretsch

Vorsitzender  
der Fachgruppe Musik der ver.di

  
Regine Möbius

Beauftragte  
für Kunst und Kultur der ver.di

## Anlage

Öffentliche Musikschulen: Für Kultur und Gesellschaft unverzichtbar!

Beitrag der Fachgruppe Musik der ver.di zur Diskussion um kulturelle Bildung, Juni 2009